



Kooperationsvereinbarung

CDU | SPD | FWG | FDP

18. Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung Hofheim am Taunus

2016-2021

Kooperationsvereinbarung der Fraktionen der CDU, SPD, FWG und FDP zur Zusammenarbeit in der 18. Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung

Präambel

Die Kooperationspartner wollen gemeinsam die Stadt Hofheim in der laufenden Wahlperiode, trotz aller gebotenen haushaltsbedingten Einschränkungen, zukunftsorientiert weiterentwickeln.

Die Anzahl der an der Kooperation beteiligten Fraktionen erhöht die Chance, sich personell vielseitig und auf Basis einer breiten Mehrheit in den politischen Prozess einzubringen.

Die Kooperationspartner streben eine Optimierung sowohl des Berichtswesens als auch der Entscheidungsabläufe in den städtischen Gremien an, um insbesondere bei größeren Projekten die Erreichung der gesetzten Ziele zu gewährleisten und bei drohenden Abweichungen rechtzeitig nachsteuern zu können.

I. Haushaltspolitik

Die Kooperationspartner verfolgen das Ziel, den Hofheimer Ergebnishaushalt strukturell und dauerhaft auszugleichen. Hierzu sollen die Einnahmesituation durch die Ansiedelung weiterer Gewerbebetriebe und Einwohner gesteigert werden, die Ausgabesituation der Stadt einer dauerhaften kritischen Prüfung unterliegen und die Effizienz der Verwaltung sowie der politischen Gremien weiterhin gefördert werden.

Erstes Ziel ist die Reduzierung der Kassenkredite, um für kommende Generationen den wirtschaftlichen Handlungsspielraum zu erhalten.

Sobald die kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen und die wirtschaftliche Gesamtlage der Stadt Hofheim es erlauben, soll eine Senkung der kommunalen Steuerlast angestrebt werden.

Für die Haushaltsjahre 2017/2018 soll ein Doppelhaushalt verabschiedet werden.

II. Stadtentwicklung

Ein Masterplan soll auf Basis des bestehenden Stadtentwicklungsplans 2020 und unter Einbeziehung des Verkehrsentwicklungsplans sowie unter Einbeziehung der Hofheimer Bürgerinnen und Bürger erstellt werden.

Die Kooperationspartner führen die abschließende Entwicklung des Kellereiplatz-Ensembles weiter. Die Hofheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH (HWB) soll die Stadtbücherei auf

Grundlage des vorgelegten Nutzungskonzeptes als Bauherr realisieren. Die äußere Gestaltung des Gebäudes soll im Austausch mit der Öffentlichkeit und unter Beteiligung der städtischen Gremien erfolgen.

Die Vermarktung und Ausgestaltung der zugehörigen Gewerbeflächen soll unter Beachtung der Verträglichkeit mit dem innerstädtischen Handel und dem vorhandenen Dienstleistungsangebot vorgenommen werden. Der Personalbestand der Stadtbücherei soll auf dem bisherigen Niveau beibehalten und eventuell erforderlicher Stellenmehrbedarf durch ehrenamtliche Kräfte abgedeckt werden.

Die durch den Neubaus der Bücherei und die Verlagerung des Stadtarchivs nach Diedenbergen freiwerdenden Grundstücke von Stadtbücherei und -archiv sollen entwickelt werden.

Im Wasserschloss soll das vorliegende Konzept der Jugendräume mit der Nutzung für öffentliche Veranstaltungen im Rahmen des genehmigten Umfangs verwirklicht werden. Die Bereiche, die zurzeit nicht wirtschaftlich nutzbar sind, wie die Kellergewölbe, sollen auf dem derzeitigen Stand erhalten werden.

Für den Hof Ehry werden die Kooperationspartner eine Nutzung entwickeln, die auf der einen Seite wirtschaftlich tragfähig ist und auf der anderen Seite der Bedeutung als Einzeldenkmal gerecht wird.

Die Kooperationspartner verfolgen mit aller gebotenen Intensität das Ziel, kurzfristig die Wohnraumversorgung für breite gesellschaftliche Schichten in Hofheim zu verbessern.

Die Entwicklung der Baugebiete Vorderheide II, Jungehag sowie das Bauvorhaben auf dem Areal des Hotels am Rosenberg sollen zeitnah erfolgen.

Das Baugebiet Marxheim II soll zügig entwickelt werden. Ziel ist die Schaffung von günstigem Wohnraum, wobei auf eine verträgliche Anbindung an die bestehende anschließende Bebauung zu achten ist.

III. Wirtschaftspolitik

Die Kooperationspartner werden einen Schwerpunkt in den nächsten Jahren auf die Entwicklung zusätzlicher Gewerbeflächen legen, um wohnungsnahen Arbeitsplätze zu schaffen und die Einnahmesituation der Stadt potentiell zu verbessern.

Damit wird die städtische Wirtschaftsförderung sich stärker als bisher auf die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe konzentrieren, ohne die Bestandspflege zu vernachlässigen. Auch bestehende Gewerbebetriebe müssen die Möglichkeit der Entwicklung haben.

Das bestehende Internetangebot soll weiterentwickelt werden.

Bestehende Sortimentsbeschränkungen sollen fortlaufend überprüft und ggf. aktualisiert werden.

Die Nahversorgung der Stadtteile durch private Betreiber oder bürgerschaftliches Engagement soll auch in Zukunft logistisch unterstützt werden.

IV. Kinder-, Jugend-, Familien-, Senioren- und Integrationspolitik

Die Qualität und Vielfalt der bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen gilt es zu erhalten und gemeinsam weiterzuentwickeln.

Die Kooperationspartner unterstützen das Konzept der bedarfsgerechten Ausgestaltung der Jugendarbeit in Hofheim und den Stadtteilen. Alle Generationen sollen sich in Hofheim wohl und sicher fühlen. Mit generationsübergreifenden Projekten wie z.B. „Familie Nord“, „Familie Marxheim“ und dem Netzwerk „Alt werden in Hofheim“ wurden neue Wege gegangen. Die Kooperationspartner erklären, dass die Zusammenarbeit (Netzwerkarbeit) mit den verschiedenen Trägern weiter fortgeführt wird und unterstützen das Projekt der HWB für das Mehrgenerationenwohnen „Am Klingenborn“.

Die Kooperationspartner erkennen, dass Gemeinschaft auch ein Dach braucht. In allen Stadtteilen besteht eine gute Versorgung mit Räumlichkeiten. Die Einrichtung eines weiteren Stadteiltreffs im Rahmen der Entwicklung von Marxheim II soll geprüft werden.

Die Arbeit der Senioren-Nachbarschaftshilfe ist ein wichtiges Angebot. Die Seniorenberatungsstelle der Stadt ist stärker auf den wachsenden Bedarf an aufsuchender Arbeit einzustellen. Hier gilt es gemeinsam mit allen Beteiligten nach Lösungen zu suchen.

Die Kooperationspartner sind sich bewusst, dass die Integration Asylberechtigter eine wichtige Aufgabe der gesamten Stadt – mit allen Vereinen, Institutionen und Unternehmen ist und bleibt.

Die Gewährleistung der Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger bleibt ein zentrales Thema der Stadtpolitik. Die Aktivitäten rund um die Modellregion Inklusion werden fortgeführt.

V. Sicherheits- und Ordnungspolitik

Die Kooperationspartner wollen eine nahtlose Fortsetzung der erfolgreichen Präventionsarbeit der Stadt Hofheim in den entsprechenden Gremien und Projekten gewährleisten.

Nach Möglichkeit wird der Außendienst der Ordnungspolizei verstärkt, um eine intensivere Bestreifung in der Kernstadt und in allen Stadtteilen mit Ihren Feldgemarkungen sicherzustellen.

Die bestehende Videoüberwachung neuralgischer Bereiche des öffentlichen Raums soll in Abhängigkeit zur Verfügung stehender Haushaltsmittel und im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten auf den aktuellen Stand der Technik gehalten werden. Die Notwendigkeit weiterer Standorte soll regelmäßig überprüft werden.

Zur Verbesserung des Erscheinungsbildes der Straßen und sonstiger öffentlicher Flächen, sollen bürgerschaftliches Engagement wie „Sauberhaftes Hessen“ oder „Sauberer Schulweg“ weiter gestärkt werden.

Eine Erhöhung der Bußgeldsätze für Verschmutzungen des öffentlichen Raumes soll geprüft werden.

VI. Mobilitäts- und Verkehrspolitik

Angesichts des gestiegenen Mobilitätsbedürfnisses der Bürgerinnen und Bürger bekennen sich die Kooperationspartner zu einer pragmatischen Mobilitäts- und Verkehrspolitik ohne ideologische Schranken.

Wir erkennen dabei die individuellen Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer an und möchten diese in vernünftigen Ausgleich bringen.

Wir streben eine Verbesserung des allgemeinen Straßenzustandes sowie des Radwegenetzes in allen Stadtteilen an.

Das 10-Jahresprogramm der grundhaften Erneuerung der Straßen soll fortgeführt werden.

Weiterhin möchten wir den öffentlichen Nahverkehr durch eine weitere Flexibilisierung des Anruf-Sammel-Taxis und die Anbindung Wallaus an die ICE-Trasse (S-Bahn-Haltepunkt Wallauer Spange/Hessen Express) fördern.

Zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs ist eine zweite innerstädtische Querung erforderlich. An einer Umsetzung der B 519 – zumindest in Teilabschnitten – soll festgehalten werden.

Es soll geprüft werden, ob die Verkehrsströme durch ein smartes Parkleitsystem zukünftig besser organisiert werden können.

Die kreisweite Ausweitung des bestehenden Fahrradverleihsystems in Partnerschaft mit einem privaten Träger wird angestrebt.

Die Parkgebührenordnung soll auf Basis der Evaluation des Magistrats fortentwickelt werden. Hierbei soll eine Flexibilisierung der Tarife bzw. Zeitfenster erfolgen, moderne Zahlungstechnik geprüft und die Anwohnerparkregelung ggf. angepasst werden.

Die Situation für mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger am Lorsbacher Bahnhof soll durch geeignete, bedarfsgerechte Maßnahmen verbessert werden. Hierbei sollen

insbesondere Personentransportlösungen untersucht werden. Die Kooperationspartner werden weiterhin darauf dringen, dass die Deutsche Bahn ihrer Verpflichtung nachkommt, einen barrierefreien Zugang zum Lorsbacher Bahnhof zu schaffen.

Im Rahmen des Masterplans Stadtentwicklung soll auch der Verkehrsentwicklungsplan fortgeschrieben werden.

Zur Unterstützung der Umsetzung dieser Maßnahmen wird ein „Dezernat für Nahmobilität“ unter ehrenamtlicher Leitung geschaffen.

VII. Vereins- und Kulturpolitik

In Hofheim bringen viele Menschen ehrenamtlich Zeit und Fähigkeiten ein und arbeiten daran, dass unsere Stadtgesellschaft eine Gemeinschaft ist und bleibt.

Die Kooperationspartner sind sich einig, dass dieses ehrenamtliche Engagement weiterhin zu fördern ist und der Stadt dabei für den Aufbau und Erhalt von Strukturen und Infrastruktur eine entscheidende Rolle zukommt. In Hofheim gibt es über 260 Vereine, zahlreiche Sportanlagen und Bürgerhäuser. In der Vergangenheit haben Vereine und Stadt gezeigt, was gemeinsam möglich ist. Beispielhaft sei hier nur die Kunstrasenoffensive genannt. Diese gute Zusammenarbeit soll fortgeführt werden.

Ehrenamt braucht Anerkennung und Wertschätzung, aber auch die Beteiligung an Entscheidungen. Eine enge und frühe Beteiligung der Ehrenamtlichen bei zukünftigen Entwicklungen ist daher selbstverständlich.

Hofheim pflegt seit langem vielfältige kulturelle Angebote. Diese Kulturvielfalt gilt es zu erhalten und weiter zu entwickeln. Kultur ist für die Kooperationspartner keine freiwillige Leistung, sondern für eine offene Stadtgesellschaft von existenzieller Bedeutung.

Das Stadtmuseum ist ein Ort für die Kunst, die Geschichte und der gesellschaftlichen Begegnung und Diskussion.

Die Kooperationspartner unterstützen die Bemühungen von Stadtverwaltung und Kunstverein die Kosten für das Museum in finanziell tragbaren Rahmen zu erhalten.

Zugang zu Bildung ist elementar für das Fortkommen in Beruf und Gesellschaft. Deshalb braucht Hofheim eine Stadtbücherei, die nicht nur ein Ort der Ausleihe, sondern auch ein Ort des Lernens und Erlebens ist. Bei der Ausgestaltung der neuen Stadtbücherei soll dies berücksichtigt werden.

Die Pflege der bestehenden Städtepartnerschaften und insbesondere der Austausch von Jugendlichen sind Zukunftsaufgaben und werden nachhaltig gefördert.

Zur Unterstützung der Umsetzung dieser Maßnahmen wird ein „Dezernat Städtepartnerschaften“ unter ehrenamtlicher Leitung eingerichtet.

VIII. Umweltpolitik

Die Kooperationspartner stehen für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Wir wollen auch weiterhin schonend mit den natürlichen Ressourcen umgehen und durch weitere Verminderung der Stickoxyd- und CO₂-Belastung dem Klimaschutz dienen.

Das im Jahr 2015 beschlossene Klimaschutz- und Energiekonzept der Stadt Hofheim mit dem Schwerpunkt Steigerung der Energieeffizienz wollen wir schrittweise umsetzen. Wir wollen die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude weiter fortsetzen.

Um den Energieverbrauch im Stadtgebiet Hofheim spürbar senken zu können, ist die Überzeugung und Mitwirkung der Bürgerschaft und Unternehmen unabdingbar. Handlungsmöglichkeiten der Stadt liegen deshalb in den Bereichen Information, Koordination und Kommunikation.

Die Naherholungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen sind zu erhalten und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern weiter zu entwickeln.

Windkraftstandorte in Hofheim werden, u.a. auf Grund der bereits hochbelasteten Lage (Lärm und Hochspannungsleitungen), von den Kooperationspartnern derzeit nicht befürwortet.

IX. Personalfragen

Für die Wahl des hauptamtlichen Ersten Stadtrats hat die CDU das Vorschlagsrecht.

Die Stelle des derzeit hauptamtlichen Stadtrats der SPD wird nach seinem Ausscheiden aus dem Amt bis zur nächsten Bürgermeisterwahl nicht wiederbesetzt. In dieser Übergangszeit werden ehrenamtliche Magistratsmitglieder von SPD und CDU mit der Leitung von Dezernaten betraut – die Aufteilung erfolgt einvernehmlich.

Mit Inkrafttreten des Kooperationsvertrages werden die ehrenamtlichen Stadträte von FWG und FDP mit der Leitung von Dezernaten beauftragt. Das Dezernat „Städtepartnerschaften“ entfällt auf die FWG, das Dezernat „Nahmobilität“ auf die FDP.

Sollte eine Bürgermeisterin / ein Bürgermeister nicht von der SPD gestellt werden, erfolgt unverzüglich die Wiederbesetzung der Stelle des hauptamtlichen Stadtrats. Die SPD hat in diesem Fall das Vorschlagsrecht.

Sollte eine Bürgermeisterin / ein Bürgermeister von der SPD gestellt werden, erfolgt unverzüglich die Wiederbesetzung der Stelle des hauptamtlichen Stadtrats. Die FWG hat in diesem Fall das Vorschlagsrecht. Sollte die FWG hiervon keinen Gebrauch machen, hat die FDP das Vorschlagsrecht.

Der Vertreter der Stadt Hofheim in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes wird von der FDP gestellt, der 1. Stellvertreter von der CDU und der 2. Stellvertreter von der SPD. Das Abstimmungsverhalten erfolgt im Einvernehmen. Kann kein Einvernehmen hergestellt werden, enthält sich der Vertreter.

X. Arbeitsweise der Kooperationspartner

Die Kooperationspartner streben primär gemeinsame Anträge und Anfragen an, Anträge und Anfragen einzelner Fraktionen sind gegenseitig abzustimmen.

Die Verständigung über die gemeinsame Arbeit erfolgt in der Kooperationsrunde. Jeder Kooperationspartner entsendet hierin bis zu drei Mitglieder - hinzu treten die hauptamtlichen Magistratsvertreter und ehrenamtlichen Dezernenten.

Die Kooperationsrunde stimmt sich i.d.R. jeweils montags in der Woche vor der Ausschusssrunde sowie montags vor der Stadtverordnetenversammlung ab.

Bei Bedarf bildet die Kooperationsrunde projekt- oder themenbezogene Ausschüsse. Die Kooperationspartner verständigen sich darauf, eine stetig fortzuschreibende Agenda zu entwickeln, die zukünftige Projekte und Vorhaben priorisiert, abstimmt und lenkt.

Hofheim am Taunus, den 14. Oktober 2016

für die CDU:

Alexander Kurz

Christian Vogt

für die SPD:

Alexander Tulatz

Bernhard Köppler

für die FWG:

Andreas Nickel

Matthias Hees

für die FDP:

Werner Steinmann

Andreas Kärcher